

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 26. März 2010

Durchbruch bei der Jobcenter-Neuorganisation

Nach langen Verhandlungen haben wir am vergangenen Wochenende den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte.

Im Regelfall wirken Bund und Länder in einer gemeinsamen Einrichtung, den Jobcentern, zusammen. Entsprechend der bisherigen Haltung unserer Fraktion und entgegen dem ursprünglichen Wunsch der SPD ist für diese gemeinsamen Einrichtungen nunmehr keine Verkörperschaftung vorgesehen. Die Zuständigkeiten der Geschäftsführung und der Trägerversammlung sind klar geregelt. Komplizierte Abstimmungsprozesse werden mit der Neuordnung künftig vermieden.

Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten.

Die notwendige GG-Änderung beschränkt sich in einem neuen Artikel 91 e GG auf die wesentlichen Aussagen zur verfassungsmäßigen Absicherung der Mischverwaltung in gemeinsamen Einrichtungen und der Möglichkeit der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Ausnahmmodell der Option.

Insgesamt können wir bei diesem Ergebnis feststellen: Unser Widerstand in der letzten Legislaturperiode gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD hat sich gelohnt.

Gespräch mit DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters

In dieser Woche habe ich mich mit dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Seiters, getroffen und mit ihm über die Zukunft des Zivildienstes gesprochen.

Mir bereitet die von der FDP in den Koalitionsvertrag eingebrachte Verkürzung des Zivildienstes erhebliche Sorgen. Deshalb habe ich das Gespräch mit Dr. Seiters gesucht, um zu erfahren, welche Probleme die Träger und Zivildienstleistenden auf sich zukommen sehen und wie wir diese Herausforderung meistern können.

Ich werde mich weiter dafür einsetzen, die Jugendfreiwilligendienste zu stärken, damit sie die Lücke füllen können, die die Verkürzung des Zivildienstes reißen wird. Außerdem müssen wir denjenigen Zivildienstleistenden, die nach Ablauf der sechs Monate noch keinen Ausbildungs- oder Studienplatz bekommen, Anschlusslösungen ermöglichen.



Mit dem DRK-Präsidenten, Dr. Rudolf Seiters (links), und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Dr. Hermann Kues (rechts)

Ende der Überförderung im Solarbereich

In erster Lesung haben wir über das Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes debattiert.

Mit ihm soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik umgesetzt werden. Freiflächenanlagen sollen künftig vor allem auf wirtschaftlichen und militärischen Konversionsflächen entstehen. Nutzungskonkurrenzen mit der Nahrungsproduktion werden damit verhindert.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, den Absenkungszeitpunkt für die Einspeisevergütung für Dachanlagen von dem ursprünglich geplanten 1.4.210 auf den 1.7.2010 zu verschieben. Mich hatten zahlreiche Bürger aus Osterholz und Verden angesprochen, dass sie bereits mit konkreten Investitionen und Planungen begonnen haben, aber es nicht mehr schafften, die Anlagen bis zum 1.4.2010 auf ihrem Dach installieren zu lassen. Ich habe mich in

meiner Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Übergangsfristen verlängert werden und die Bürger aus meinem Wahlkreis vor ungerechtfertigten Nachteilen geschützt werden.

Grundsätzlich meine ich aber, dass gerade die Solarenergie im Vergleich zu anderen Erneuerbaren Energien das größte Kostensenkungspotential hat. Deshalb ist eine Korrektur der Fördersätze bei Solarenergie im Interesse der Verbraucher dringend notwendig.

Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil

Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein

Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Mil-

lionen im Jahresmittel. Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

Exportrückgang schwächt sich ab

Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Mrd. Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das

Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken.

Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Mrd. Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Mrd. Euro san-

ken. Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU.

Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die USA. Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Milliarden Euro.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range